

Schlusswort v. Rühlmanns.

Die Aussprache im Reichstags-Hauptsaal.

Berlin, 28. Januar

Die große Spannung ist vorüber. Zwar ist der Saal gut besucht, aber man merkt es an der ganzen Stimmung, daß man keine Sensation mehr erwartet. Als erster Redner ergreift Abg. Dr. David (Soz.) das Wort und führt aus, die Ergebnisse der Verhandlungen in Bruch-Wisla und in Vesterburg seien sehr mager. Ein Teilschied mit der Ukraine mehr sein Erfolg für den Orientfrieden im Osten, auf dem seine Freunde noch immer hoffen. In längeren Ausführungen verbreitete sich der Redner dann über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das auch in den besetzten Gebieten zur Anwendung kommen müsse. Er schloß mit heftigen Angriffen auf die Habsburger.

Abg. D. Baummann (Soz.) legt dar, daß das Selbstbestimmungsrecht allein nicht alle Weltprobleme löst. Alle Gerichte als ob von uns Amerikanern bestimmt seien, müssen glatt geschlagen werden. Redner wünscht, daß der Völkerverein in Bruch-Wisla teilnehmen. Wilsons Rede habe der Kongress als einen Fortschritt der Friedensarbeiten bei unseren Feinden an. Der Redner fordert aber ein neues politisches Hauptstück. Das zum Ehren der Regierung, zur Verhinderung der Revolution, zur Revolution und zur Verhinderung der Revolution aufzufordern. Der Kongress schreibe uns in Massenstreik in den nächsten Tagen, namentlich in der Massenstreikbewegung und im Verkehr sei. Der Redner gibt eine Erklärung im Namen der Irish-Irlandischen Gewerkschaften ab, daß sie ihre Pflicht tun werden für die Verteidigung des Vaterlandes. Er legt selbst wieder Schuld wegen der, die aus dem Verdringungsstreik einen Groberregungsstreik machen wollten!

Darauf nahm das Wort

Staatssekretär v. Rühlmann

Die Debatte hat eine Reihe Fälle von Gesichtspunkten und Gedanken gebracht. Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Wenn gesagt ist, die Wiener müssen länger hören, so ist das richtig, und den Gegnern antworten, so habe ich dem vollständig gegenüber. Das Reichstags-Hauptsaal hat, daß die deutsche Delegation sich

nicht auf den Boden der Amerikaner

gestellt hat. Ein solcher Boden war für uns unmöglich. Die Friedensbedingungen mit dem Osten sind selbstverständlich mit der Obersten Orientierung verbunden worden und im allgemeinen haben die Differenzen behoben. Das Zusammenarbeiten mit der Obersten Orientierung ist so vollkommen, wie nur möglich. Die Ukraine ist von den Bolschewiken von uns als selbständige Republik anerkannt worden. Es ist für uns schwer, ein Hindernis in der bolschewistischen Einstellung zu sein. Ein Hindernis in der bolschewistischen Einstellung ist es nicht, als die Ukraine nicht mehr im Rahmen der Bolschewiken schwimmen wollten. Aber die Teilnahme einer polnischen Delegation ist wiederholt mit den Russen verhandelt worden. Die Beschlüsse über die Ukraine sind zu richten an die russische Delegation, bei uns liegen keine Einwände. Die russische Delegation ist richtig und richtig zusammengefasst.

Wir wollen es nicht weitergeben

und wir haben nicht etwa die Absicht, bis zum Abschluss des Krieges mit der Vorbereitung der Selbstbestimmung zu warten. Die Methoden der Bolschewiken sind nicht so weit zu beurteilen, wie Dr. Baummann es getan hat. Sie haben sich auf brutale Gewalt. Ihre Vorgehensweise ist anders als die ihre Theorie. Das beweist ihr Vorgehen in Russland und gegen die Konstituenten. Der russische „sozialistische Völkerverein“ erhebt nicht ganz glücklich. Die Frage ist sehr schwierig, die bisherigen Verhandlungen sind noch nicht zu einem mittelständischen Ergebnis gekommen. Wir wollen ein aufrechter Friedensverdringnis an den Bolschewiken. Wilsons Rede hat das politische Hauptstück der Bolschewiken an sich. Es ist nicht möglich, so mühen sich die Bolschewiken an den Bolschewiken. Ich gebe nach dieser Aussprache mit vermehrter Ruhe und Sicherheit wieder den neuen Verhandlungen entgegen. Die Aussprache hat uns eine bessere Nacht gegeben, was ich mit Dank anerkenne.

Nach dem Staatssekretär ergreift das Wort Abg. Baule (N. Soz.) der den Standpunkt vertritt, daß von einem Selbstbestimmungsrecht der russischen Handwerker nicht die Rede sein könne, solange die Truppen in ihren Gebieten seien. Redner weist auf eine angebliche Drückerei des früheren Reichstagsabg. Dr. Michaelis hin, in der eine Germanisierung des Ostens gefordert wird.

Am Verfolg seiner Ausführungen spricht sich Abg. Baule für Selbstbestimmung in Ost-Polen aus. Er ist doch für uns ausfallen würde und vielleicht den Weg zur Einigung mit Frankreich bilden könne.

Staatssekretär Baule erwidert auf eine Bemerkung des Herrn Baule, die Selbstbestimmung unserer Handwerker zu kennen. Das ist ein Hauptstück der Arbeit. Die Regierung framt der Arbeit, mit aller Kraft die Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Sie erwartet aber von der Arbeit der deutschen Arbeiter die Erfüllung der russischen Forderungen. Es ist nicht möglich, wenn nicht wir sind selbst am ersten Beginn aller Friedensverhandlungen.

Es werden noch die Abg. v. Gierke (N. Soz.), Baule (N. Soz.) und Baummann (Soz.), worauf der Vorsitzende des Reichstags Abg. Baule (Soz.) mit einer warmen Rede diesen Abschied der Reichstagsverhandlungen schloß.

Ausflug und Echo.

Regierung und Reichstagsmehrheit.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Stellung des Herrn v. Rühlmann nach seinen Ausführungen im Hauptsaal als gelöst betrachtet werden kann. Es ist allgemein anzunehmen, daß auch die Gegner des Staatssekretärs sich harte Zurückhaltung auferlegt haben. Windt hat die Bemerkung des Herrn v. Rühlmann gemacht, daß sich die deutsche Regierung in vollem Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen befände. Man schließt daraus, daß die Erklärungen des Grafen Czernin in der österreichischen Delegation nicht ohne Einverständnis mit der deutschen Regierung abzugeben sind, und daß die

deutsche Regierung ihnen zustimme. Sicher wird so die Stellung des Herrn v. Rühlmann in Bruch-Wisla der russischen Delegation gegenüber gelöst sein.

Man darf wohl sagen, daß die Presse der ganzen Welt sich in diesen Tagen mit den Reden des Grafen Czernin, des Grafen Czernin und des Staatssekretärs v. Rühlmann beschäftigt.

Die gesamte Wiener Presse, die fast ausschließlich dem Grafen Czernin zustimmt, stellt fest, daß zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung vollkommen Übereinstimmung besteht. Alle Berichte, die zwischen Wien und Berlin im Umlauf sind, sind günstig geworden.

Auch die ungarische Presse vertritt diesen Standpunkt.

In England interessiert man sich in erster Linie für die Ausführungen über Belgien. Daraus geht hervor, daß Lord Robert Cecil, wie einem Mitarbeiter der Times zu entnehmen ist, die belgische Frage bei der Präliminarien für die Aufrichtungsfeier aller Verträge, die von der anderen Seite kommen, und in der belgischen Rede sei seine Erklärung über die Politik bezüglich Belgiens enthalten. Das Reichstagsabg. Dr. Michaelis hat als man erwarten konnte, da er (Cecil) der belgischen Rede als von der belgischen Partei ernannt betrachtet habe, so daß der belgische Ansichten die Hindernisse und Leiden der belgischen Bevölkerung, die belgische Bevölkerung verhalte sich absehnend. In der Czernin-Rede erblickt einige Blätter den Versuch, die Vereinigten Staaten vom Verband abzuführen.

Aus Amerika, an dessen Spitze sich Czernin, im Einverständnis mit den Verbündeten, ganz besonders gewandt hatte, liegt die übliche Reutermeldung vor. Sie lautet: „Im Washingtoner offiziellen Kreise fühlt man, daß kein besonderer Fortschritt zum endgültigen Frieden darin gesehen werden kann. Czernins Ausspruch werden als verhängnisvoll angesehen. Überleben von unbestimmten allgemeinen Aussagen, die die Mittelmächte von übertriebenen Forderungen nicht abzuweichen zu sein.“

In neutralen Kreisen kommen wir dagegen bei der Arbeit, daß die entgegenkommenden Erklärungen der Mittelmächte Erfolg haben werden.

Eine Polen-Delegation für Bresl.

Wie wir früher berichtet haben, hat Staatssekretär v. Rühlmann an den polnischen Ministerpräsidenten v. Rudzinski ein Telegramm gerichtet, in dem er sich grundsätzlich mit einer Vertretung der polnischen Regierung in Bruch-Wisla einverstanden erklärt. Der Staatssekretär weist indes darauf hin, daß die russische Delegation sich gegen die Aufnahme von polnischen Vertretern in Bruch-

Wisla ausgesprochen habe, da bislang weder die Selbstständigkeit Polens noch die Rechtmäßigkeit seiner gegenwärtigen Regierung anerkannt. Nichtsdestoweniger wird Herr v. Rühlmann bei Wiederaufnahme der Verhandlungen auf den Wunsch der polnischen Delegation zurückkommen.

Unsere zukünftigen Handelsverträge.

Wirtschaftspolitische Betrachtungen.

Vor dem Kriege waren unsere Wirtschaftspolitiker in die beiden Lager der Schutzollner und der Freihändler im allgemeinen streng getrennt. Von einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens aber wurde schon seit langem die Ansicht vertreten, daß es einen Mangel an Einsicht verrate, wenn jemand grundsätzlich ein Freihändler oder ein Schutzollner sein wolle. Die Schutzollner waren vor dem Kriege gewiß notwendig, um durch die Abschaffung, beim die Verdringung der Verdringung des im Ausland vorhandenen Überschusses unter in der Landwirtschaft, in Industrie und Handwerk erwerbsfähiges Volk erhalten zu lassen. Gegenwärtig und wohl für viele Jahre nach dem Kriege aber tritt an die Stelle des früheren Überschusses ein Mangel, und indem der allgemeine empfundene Verdringung nach vollständig erleichterter ausländischer Zufuhr wird sein vernünftiger Wunsch die Forderung nach Schutzollnern erheben können.

Nach diesem Kriege werden wir, um unseren Wirtschaftsleben eine erleichterte und stetige Entwicklung zu verschaffen, danach trachten müssen, mit anderen Staaten wieder langfristige Handelsverträge zu vereinbaren. Es darf dann aber nicht wieder vorkommen, daß wir einzelnen Staaten Vergünstigungen oder sehr ungleiche Gewinne machen und diese unbedingte Vergünstigung auch noch, wie es 1871 mit Frankreich geschah, in den Friedensvertrag aufnehmen. Das wäre allerdings noch schlimmer, als sich grundsätzlich auf den Abschluß der Schutzollner zu verpflichten und würde nach diesem Kriege noch weit verhängnisvollere Folgen haben als nach 1871. Die Berücksichtigung der beiderseitigen gegenseitigen Verdringung der unbedingten Vergünstigung hat uns bekanntlich nach dem Abschlusse unserer langfristigen Handelsverträge mit anderen europäischen Staaten erzwungen. Frankreich unsere Vertragspartner und alle anderen Vergünstigungen, welche andere Staaten durch bedeutende Gegenleistungen erlangen zu müssen, weil Frankreich sich niemals zum Abschluß eines langfristigen Handelsvertrages verstanden hat, während wir und durch die Entwicklung unserer Industrie zu solchen genötigt waren. Sobald wir aber mit einem Staat einen langfristigen Handelsvertrag auf der Grundlage der bedingten Vergünstigung geschlossen hatten, konnten wir die diesen Staat gegen vorteilhafte Gegenleistungen ausstehenden Vergünstigungen auch Frankreich

Russlands Ausfuhr vor dem Kriege.



einräumen, hier aber ohne jede Gegenleistung, weil wir uns ja in Artikel 11 des Frankfurter Friedensvertrages dazu verpflichtet hatten. Auf diese Weise hat Frankreich seit dem Abschluss unseres ersten Tarifvertrages mit Österreich von uns an Gold- und Silberrücklagen weit mehr verdient, als die ganze Kriegsentlohnung betrug, welche es nach dem Frankfurter Frieden aus zahlen mußte.

Die Erinnerung daran kann sehr lehrreich wirken bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen, wo die Sicherstellung der bedingten Meistbegünstigung voraussetzlich durch Rußland gegenüber notwendig werden wird. Welchen Anlaß würde Rußland wohl haben, mit uns noch einen besonderen Tarifvertrag abzuschließen, sobald es auch ohne einen solchen lediglich auf Grund seines Anspruchs auf unsere unbedingte Meistbegünstigung — ohne jede Gegenleistung — in den Genuss jedes Vertragsvorteils gelangen würde, welchen wir irgendeinem dritten Staat — etwa Österreich-Ungarn — gewähren sollten? Rußland würde in solcher Lage doch zweifellos zu denselben Verhalten und gegenüber gelangen müssen, welches Frankreich auf Grund des Artikels 11 des Frankfurter Friedensvertrages einnahm. Darum müssen wir bei den Friedensverhandlungen mit Rußland Wert darauf legen, daß in dem gleichzeitig zu vereinbarenden Handelsvertrag Rußland keine Vergünstigungen einzuräumen werden, ohne daß Rußland sich zu entsprechenden Gegenleistungen auf handelspolitischem Gebiet verpflichtet, und daß dieser Handelsvertrag nicht in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen wird.

Diese Form der bedingten Meistbegünstigung, der sogenannten *Reciprocität*, hat seit länger als einem Jahrhundert in den Verträgen und Handelsverträgen fast aller außeruropäischen Staaten zu deren größtem Vorteil ihren Ausbruch gefunden.

Die Hauptfrage bei allen Handelsverträgen ist also einmal, uns die möglichst unbedingte Freiheit zu sichern, d. h. den Handelsvertrag nicht zu einem festen Bestandteil des Friedensvertrages werden zu lassen; dann aber seinem Staat eine Vergünstigung ohne entsprechende Gegenleistung zu gewähren, d. h. den Vertrag auf der Grundlage der bedingten Meistbegünstigung abzuschließen. H. B.

Die Verhandlungen in Petersburg.

Wichtige Vereinbarungen

Die auf Grund der Friedensbestimmungen zum Wiener Kongress von St. Petersburg in Petersburg tagende Kommission hat in zwei Unterkommissionen, einer für Gefangenensachen und einer für wirtschaftliche Fragen, die Verhandlungen wesentlich gefördert.

Der Gefangenenaustausch.

Die Gefangenensachkommission hat sich mit der Gefangenenerhaltung der Zivilpersonen und der inoffiziellen Kriegsgefangenen sowie mit der Behandlung der juristisch lebenden Kriegsgefangenen beschäftigt. Daneben bildet einen wesentlichen Verhandlungspunkt die wichtige Frage der Transportmittel und -wege für den Austausch der Gefangenen. In dieser Frage ist von russischer Seite bereitwillig Entgegenkommen angedeutet worden. Nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse in Rußland kann insofern noch nicht mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß sich die für den Austausch nöthigsten Einrichtung regelmäßiger größerer Transporte auf dem Landwege schon bald verwirklichen lassen.

In der Frage des Invalidenaustausches ist auf der Grundlage der früheren Vereinbarungen und des nicht zur Ratifikation gelangenen Konventionprotokolls im wesentlichen Einvernehmen erzielt worden. Dagegen ist es hinsichtlich des Austausches der Zivilpersonen bisher zu einer Verständigung über den Preis der Ausgutsuchenden noch nicht gekommen. Immerhin ist schon im beschränkten Umfange mit der Heimbeförderung begonnen worden.

Reinmatorische Arbeiten grundsätzlicher Art sind ferner bei den Verhandlungen über die Behandlung der Kriegsgefangenen aufgetreten, doch ist zu hoffen, daß es auch hier zu einer Verständigung kommt.

Die wirtschaftlichen Fragen.

Vorbereitend der Zustimmung der beiderseitigen Regierungen ist nunmehr ein grundsätzliches Einverständnis über die möglichst baldige Wiederaufnahme eines direkten Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs durch die Front erzielt worden. Hierbei wurden die technischen Möglichkeiten und die sich aus der militärisch-politischen Lage als notwendig ergebenden Einschränkungen besonders berücksichtigt.

Auf dem Gebiete der Post ist Einsparung darüber erzielt, daß der Brief- und Paketverkehr durch die Front im allgemeinen zugelassen ist. Diese Abmachung bedeutet zugleich eine wesentliche Besserung der Lage der Gefangenen, die nun auf einen schnelleren Empfang ihrer Post werden rechnen dürfen als bisher. Die Beförderung von Drucksachen unterliegt nach gewissen Einschränkungen. Einverständig ist darüber erzielt, daß Privattelegramme, zu denen auch Geschäftsgramme zu rechnen sind, wieder allgemein befristet werden dürfen.

Für den Eisenbahnverkehr kommt es darauf an, den im Kriege abgebrochenen Anschluß der beiderseitigen Bahnlinien wiederherzustellen. Das Zusammenkommen solcher Abmachungen über die Wiederaufnahme eines ordnungsmäßigen Verkehrs auf Verbindungslinien, von denen die Schnelligkeit der Heimbeförderung der Kriegs- und Zivilgefangenen und die Wiederaufnahme des regelmäßigen Postverkehrs wesentlich abhängt, wird hoffentlich nicht allzulange auf sich warten lassen.

Der bisherige Gang der Verhandlungen der Wirtschaftskommission läßt hoffen, daß eine den Interessen beider Parteien Rechnung tragende Vereinbarung zustande kommen wird, und daß auch deren Überleitung in die Praxis trotz mancher nicht zu verkennender Schwierigkeiten ohne großen Zeitverlust konstatien gehen wird.

Roth und Fern.

o **Fahrtverweigerung für den Seins der Feiglinge** Anjahrgewisse. Auf Antrag des Reichs in Leipzig gestrichen der deutschen Eisenbahnverwaltungen den Besatzern der besprochenen Güterzüge im Verzuge wiederum für die Fahrt von und zur Weste in der zweiten und dritten Wagenklasse aller Güte eine Ermäßigung von 50% des gewöhnlichen Fahrpreises, unter gleichzeitiger Portalfreiheit des Schnellanzufchlages. Die ausländischen Besatzer genießen diese Ermäßigung von der deutschen Verwaltung an.

o **Bei dem Unfall des Berlin-Münchener Schnellzuges** sind nach neueren Meldungen zehn Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Verletzten soll vierzig betragen; die meisten von ihnen haben geradezu gräßliche Verwundungen erlitten.

o **Handverbot auf der Plattform.** Für den ganzen Regierungsbereich Wiesbaden ist im Hinblick auf die derzeit übermäßig starke Verlegung der Straßenbahnen das Rauchen jeglicher Art auf den Plattformen der Motorwagen und Anhänger verboten worden. Das Verbot will eine Gefahrgenquelle bekämpfen und gilt für die Dauer des Krieges.

o **Was die Pferdewurst enthalten darf.** Um irrgen Aufsehen zu begegnen, macht der Berliner Magistrat darauf aufmerksam, daß zur gewerblichen Herstellung von Pferdewurst außer dem Fleisch von Pferden, Mästern oder Feln Fleisch von andern Tieren nicht benutzt werden darf. Nur der Falsch von Schweinefleisch oder von Lamm ist gestattet.

o **Neue Ritter des Ordens Pour le mérite.** Der Kaiser hat den ord. Professor der alten Geschichte an der Universität Berlin Geh. Reg.-Rat Dr. Eduard Meyer, den ord. Professor der Nationalökonomie und Statistik an der Universität Straßburg Dr. Georg Friedrich Knapp und den ord. Professor an der Technischen Hochschule in München Geh. Rat Dr. Carl v. Linde nach erfolgter Wahl zu kaiserlichen Rittern des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste ernannt.

o **Geheimen Zivilkabinetts.** Im Hinblick auf den Wechsel im Zivilkabinetts des Kaisers verdient vermerkt zu werden, daß dieses aus preussischen Raths einen Ausbruch von 30740 Mark erfordert; das Reich selbst zu den Verwaltungskosten nur einen Beitrag von 10000 Mark. Der Geheimen Rathsmitglied besitzt ein Gehalt von 20000 Mark neben freier Dienstwohnung, die vortragenden Raths ein solches von 7000 bis 11500 Mark. Zum Staatssekretär des Geheimen Zivilkabinetts gehören ferner noch 2 Rathssekretäre, 1 Bureauinhaber, 1 ersetzender Sekretär, 10 Registratoren, 2 Kanzleisekretäre und die entsprechende Zahl von Unterbeamten.

o **Kohlengasvergiftung während des Gottesdienstes.** In dem Orte Döben bei Naumburg a. H. wurden in der Kirche während des Gottesdienstes in kurzer Zeit 21 Kinder ohnmächtig, bald darauf auch mehrere Erwachsene. Der Gottesdienst wurde rasch beendet. Der anwesende Lehrer stellte fest, daß die Erkrankungen durch das Einatmen giftiger Kohlenoxide, die dem Dien der Kirche entzündeten, erfolgt waren. Mit Hilfe mehrerer Personen gelang es dem Lehrer, die vergifteten Personen außer Lebensgefahr zu bringen.

o **Weldbrudungen nach Siam.** Für Kriegs- und bürgerliche Gefangene in Siam bestimmte Geldbeträge sind mit Postanweisung an die Oberpostkontrolle in Bern einzulösen. Diese stellt neue Postanweisungen in der Frankenswährung aus, die in Siam nach dem Satz von 100 Schweizer Franken — 100 Baht ausbezahlt werden.

o **Grubenexplosion.** Auf Hailag wird berichtet: Infolge einer leuchtenden Explosion in dem Kohlenbergwerk in Stollerton werden 78 Mann vermisst; es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

o **Die neuen Gold- und Silbermünzen Österreichs** tragen auf der Vorderseite das Profilbild des Kaisers und auf dem Rande in vertiefter Schrift den lateinischen Wahlspruch: „Pax bello-que omnia pro patria cum populo meo“ („Im Frieden und Krieg alles für's Vaterland mit meinem Volk.“).

o **Cholera und Pest in Südrußland.** Nach einer Meldung der „Romska Głos“ sind neuerdings in Odessa und Umgebung zahlreiche Todesfälle an Pest vorgekommen. In Odessa herrscht die asiatische Cholera, die sich an den Ufern des Schwarzen Meeres rasch ausbreitet.

o **Ein Wirbelsturm in Australien.** Aus Brisbane wird gemeldet: Ein Wirbelsturm verursachte großen Schaden und im Zentraldistrikt erhebliche Überschwemmungen. Das Schicksal der Stadt Rockham ist unbekannt.